

der Gerichte, der Staatsanwaltschaft, der Miliz und der Organe der Allrussischen Tscheka umzugestalten. Noch am 8. Dezember 1920 beauftragte das Zentralkomitee der Partei F. E. Dzierzynski, den Entwurf eines Beschlusses über die Überprüfung der Gefängnisse im gesamtrossischen Maßstab auszuarbeiten und zu diesem Zweck eine aus Arbeitern bestehende Kommission zu bilden.

Mit dem Ziel, die praktischen Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Weisung der Partei auszuarbeiten, fand am 13. Januar 1921 eine Sitzung der Kommission statt, in der über die Frage einer Änderung der Strafpolitik und der Besserungsarbeitspolitik beraten wurde. An der Arbeit in der Kommission beteiligten sich Vertreter der Allrussischen Tscheka, des Volkskommissariats für Justiz, des Revolutionstribunals und des Zentralrats der Gewerkschaften. Den Vorsitz führte F. E. Dzierzynski.

Im Zentrum und auf örtlicher Ebene wurden Kommissionen gebildet, die alle Akten gegen Personen proletarischer und bäuerlicher Herkunft überprüfen sollten. Diesen Kommissionen oblag auch die Arbeit zur Einbeziehung der breiten proletarischen Massen in den Kampf gegen die Kriminalität. An dieser Arbeit beteiligten sich Tausende Vertreter der Gewerkschaftsverbände und der kommunistischen Jugendorganisationen.

Am 8. Januar 1921 erließ F. E. Dzierzynski einen Befehl über die Strafpolitik der Organe der Allrussischen Tscheka.¹¹⁴ Der Befehl schrieb allen Außerordentlichen Kommissionen vor, die Gefängnisse von Arbeitern und Bauern zu räumen, die wegen geringfügiger Vergehen verurteilt worden waren, und „streng darauf zu achten, daß nur Leute ins Gefängnis gebracht werden, die eine wirkliche Gefahr für die Sowjetmacht bedeuten“⁴⁶. Die Notwendigkeit des entschlossenen Kampfes gegen Banditen und Rückfallverbrecher hervorhebend, schlug Dzierzynski vor, für die Umerziehung von Arbeitern, die geringfügige Verbrechen begangen haben, eine solche Maßnahme der gesellschaftlichen Einwirkung weitgehend anzuwenden wie die Übergabe zur Bürgschaft. Unter Friedensbedingungen stellte die Konterrevolution an der ökonomischen Front in Form der Wirtschaftsspionage und -sabotage eine besondere Gefahr dar. Davor warnte das Zentralkomitee in seinem Aufruf an die Gouvernementskomitees der Partei und an die Politabteilungen der Armee und Flotte.